

MS

die tschechische Nation aufzuheben. Er verliest hierauf eine lange Rede, in der er sich mit den Forderungen der Czechen in Wien beschäftigt. Reumann ermahnt ihn, seine Rede nicht zu lesen. Klimeš: Lassen Sie mich tschechisch sprechen, so brauche ich nicht zu lesen. Redner erklärt im Namen seiner Parteigenossen, gegen das Budget zu stimmen, und schließt seine Rede in tschechischer Sprache. Dies ruft bei den Christlichsozialen und Deutschnationalen lebhaften Widerspruch und Rufe nach dem Disziplinarausschuss hervor. Reumann: Ich entziehe Ihnen das Wort. Angel: Reden Sie Deutsch! Klimeš: Ich werde so sprechen, wie ich will. (Rufe bei den Christlichsozialen: Das dürfen Sie nicht! Sie haben Deutsch zu sprechen! Die Verhandlungssprache ist Deutsch!)

Die Schulreform.

Leopoldine Glöckel spricht über das Verhältnis des Schulwesens zur Gemeinde. Es ist die Aufgabe der Gemeinde, soweit es möglich ist, in ihrem Voranschlag auf die Instandsetzung der Schulen Rücksicht zu nehmen. Für das nächste Jahr ist das Wichtigste die Versorgung der Schulen mit Kohle, denn die Schule ist für die Kinder nicht bloß die Unterrichtsstätte, sondern auch die einzige Wärmestube. Die Rednerin verlangt die Wiederherstellung der während des Krieges schadhast gewordenen Lehrmittel, die unentgeltliche Abgabe derselben an die Bevölkerung, die Revision der Schulbücher, die Bestellung von Schulärzten in allen Bezirken und die Ausgestaltung der Schulzahnpflege sowie die Errichtung einer Entlassungsstelle für Schulkinder. In ihren weiteren Ausführungen kommt sie auf die Begabenschulen zu sprechen.

Bei dem Begabungsproblem handelt es sich nicht darum, die begabtesten Kinder den Universitäten zuzuführen, sondern die Kinder dorthin zu führen, wo das Feld ihrer Begabung liegt. Es handelt sich aber weiter auch um normal begabte Kinder, die in der Schule zurückgeblieben sind; hier müsse durch Herabsetzung der Schülerzahl, durch moderne Unterrichtsprinzipien Abhilfe geschaffen werden. Das wichtigste Problem sei jedoch jenes der Mindestbegabten. Die Kinder, die sozusagen körperlich und geistig unterernährt sind, sollen künstlich aufgebessert werden. Dies habe zu geschehen durch Nachhilfe in der schulfreien Zeit von Lehrern, die im Dienste der Gemeinde Wien stehen. Was die religiösen Übungen anlangt, wurden nicht diese abgeschafft, sondern nur der Zwang zu religiösen Übungen. Wenn es den Eltern beliebt, können sie so wie bis jetzt ihre Kinder an den religiösen Übungen teilnehmen lassen. Die Gemeinde ist verpflichtet, an der Spitze einer Schulreform zu marschieren, alles für ihre Kinder zu tun in der Erkenntnis, daß aus diesen Kindern die Zukunft Wiens erwächst und diese arme Stadt nur gedeihen kann, wenn wir alle Tüchtigen herausfinden. Eine moderne Schule müsse auch dem Lehrstande entsprechend entgegenkommen und es werde Aufgabe ihrer Partei sein, den Lehrstand von jedem Gewissenszwang frei zu halten. Sie würde es daher bedauern, wenn ein christlichsozialer Lehrer für seine Ueberzeugung gemäßigter würde, so wie die sozialdemokratischen Lehrer gemäßigter worden sind.

Dr. Alma Seitz: Auf dem richtigen Wege zur Erziehung der Jugend müssen die Familie, die Schule und die Fürsorge zusammenarbeiten, das Ziel der Erziehung ist aber immer die Entfaltung des Kindes zum sozialen Menschen. Durch die Errichtung einer Familienversicherung würde der Erziehung der Jugend der beste Dienst geleistet. Die Erziehung der Jugend muß auch das soziale Verständnis vermitteln. In dem bekannten Erlaß Osödel liege ein großer pädagogischer Fehler deshalb, weil der einzige Unterrichtsstoff, der die Charakterbildung der Jugend bezwecken solle, nicht praktisch betätigt werden dürfe. Wie die Kinder zu erziehen sind, müsse man wohl den Eltern überlassen.

Reformbedürftigkeit des Heimatgesetzes und Abschaffung der Bürgererennungen.

Dr. Fritz Winter bepricht die Notwendigkeit einer Reform des Heimatgesetzes, das namentlich bei seiner praktischen Handhabung zu großen Ungerechtigkeiten mißbraucht wurde. In dieser Richtung müsse ein ganz anderer Geist in die Verwaltung einziehen. Die Gesuche um die Zuständigkeit müssen loyal behandelt und loyal erledigt werden. Leute, die hier gearbeitet haben, hier alt geworden sind, müssen auch nach Wien zuständig werden. Seine Partei sei auch gegen die weitere Ernennung der Bürger, sie werde Bürger nicht mehr ernennen, weil diese Einrichtung undemokratisch und unsozial sei.

Die Teilnahme an den Fronleichnamprozessionen.

Kunjschak wendet sich dagegen, daß an die Wiener Schulen unmittelbar vor dem Fronleichnamfest ein Erlaß gekommen sei, in welchem in einer unglücklichen und den Anschauungen des Unterrichtsamtes nicht entsprechenden Form erklärt werde, eine Teilnahme der Kinder an den Fronleichnamprozessionen nicht ins Auge fassen zu können. Er freute sich, konstatieren zu können, daß der Unterrichtssekretär für Unterricht in der Öffentlichkeit Wert darauf gelegt habe, zu erklären, daß dieser Erlaß des Wiener Bezirkschulrates ohne seine Befragung und daher ohne seine Zustimmung hinausgegeben worden sei. Er beschwerte sich über das terroristische Vorgehen gegenüber einzelnen christlichsozial organisierten städtischen Bediensteten. Maßregelungen kommen noch immer vor und drohen insbesondere bei der Straßenbahn zu einem geradezu unausstehbaren System zu werden. Gegenüber den tschechischen Klagen über das Wiener Schulwesen verweist er auf das Vorgehen der Czechen in Unter- und Ober-Themenau, das jeder Beschreibung spottet.

Die tschechischen Gewalttätigkeiten in Themenau.

In Unter-Themenau wurde über Betreiben der Gemeinde vom Lande Niederösterreich unter Mitwirkung des Fürsten Liechtenstein eine der besten Bürgerschulen des Landes errichtet. Die Czechen haben von der Schule Besitz ergriffen, das erste war, daß sie unter Androhung der ärgsten Bruchialgewalt die Lehrpersonen vertrieben haben, daß sie die dem Lande Niederösterreich gehörigen Lehrmittel als Eigentum des tschecho-slowakischen Staates erklärt (Rufe: Gestohlen!) und diese Schule gesperrt haben. Das Land Niederösterreich hat in Themenau ganz auf seine Kosten einen Kindergarten errichtet über Erjuchen der Gemeinde Themenau, an dem Eltern und Kinder mit Liebe hängen. Die Czechen sind eingedrungen, die Eltern haben gebeten, man möge den Betrieb des Kindergartens nicht unterbinden. Die Czechen haben in die Lehrzimmer Soldaten gelegt und die Kindergärtnerin, die wie eine Heldin ausharrt, bis in die Dachbodenkammer hinaufgetrieben. Wenn uns vorgeworfen wurde, daß aus Böhmen Kartoffeln nach Wien gekommen seien, so sei das wahr, aber die Kartoffeln wurden auch zu dem von den Czechen gemachten Preise gekauft. Uebrigens habe man auch die Menschen, die aus Böhmen sind, gepflegt. Der böhmische Landesauschuss sei aber die Gebühren für die Kranken und Kinder in den Anstalten schuldig geblieben.

Die Unentbehrlichkeit Südmährens, des Böhmerwaldgaaes und Westungarns für die Verpflegung Wiens.

Redner verteidigt das städtische Arbeitsamt gegen den Vorwurf, Streikbrecherdienste zu leisten, und bespricht dann die Schwierigkeiten, welche sich dem Ernährungsdienste der Gemeinde entgegenstellten, so daß die Beamten, die damit betraut sind, um so weniger Anwürfe verdienen, als in der Obmannkonferenz, die die Verjungen erteilte, alle Parteien vertreten waren. Was die Milchversorgung betreffe, so sei es falsch, wenn behauptet werde, daß die Milchherdherdung durch organisatorisches Wirken auf dem flachen Lande gesteigert werden könne. Diese Steigerung habe der freie Handel mit geschickter Hand besorgt, als es jede Gemeinde hätte tun können. Das Ernährungsamt selbst hat planmäßig an der Unterbindung der Milchlieferungen teilgenommen. Die Approvisionierungsfrage der Zukunft liegt gerade für Wien trostlos. Eine Stadt, die keine Produktionsstadt sei, könne für 2 1/2 Millionen nicht vorsorgen. Wir müssen deshalb der Entente in Erinnerung bringen, daß Westungarn, Südmähren und der Böhmerwaldgau und nur diese Gebiete eine ertragsfähige Basis für die Ernährung bringen. Und wenn die Entente uns weiß Gott welchen Frieden gibt und uns diese Gebiete nimmt, bedeutet das das Weiterfortbestehen des Hungerkrieges. Er bitte daher den Bürgermeister und den Gemeinderat, daß er in letzter Stunde alle Mittel unternimmt, um bei der Friedenskonferenz zu erwirken, daß diese drei Gebiete, die national zu uns gehören und die uns wirtschaftlich unentbehrlich sind uns zugeprochen werden.

Eine sozialdemokratische Auseinandersetzung mit den Christlichsozialen und Czechen.

Skaret wendet sich zunächst gegen den christlichsozialen Vorwurf, daß die Sozialisten die Kapitalisten schonen. In der Sozialisierungs- und Erbschaftsfrage seien gerade die Christlichsozialen und die Großdeutschen den Sozialdemokraten in den Arm gefallen. Er sei bei einem Gespräch zwischen Dr. Lueger und Dr. Adler zugegen gewesen, bei welchem der erstere in seiner jovialen Art meinte: „Ihre Partei hat ja ganz hübsche Grundzüge, aber Sie gehen ja nur gegen das christliche Kapital los. Die reichen Juden lassen Sie in Ruhe und schämen sie sogar.“ Dr. Adler erwiderte: „Ich mache Ihnen einen Vorschlag. Wir teilen uns die Arbeit. Sie übernehmen das jüdische Kapital und wir führen den Kampf gegen das christliche Kapital; auf diesem gemeinsamen Boden werden wir uns finden.“ (Heiterkeit.) Die Behauptung der Czechen, die deutschen Sozialdemokraten haben ihre Internationalität aufgegeben, falle auf die Czechen zurück, wie mehrfache Vorgänge beweisen. Trotzdem tschechische Sozialdemokraten in der Regierung seien, werden die deutschen sozialdemokratischen Vertrauensmänner aus der Czecho-Slowakei ausgewiesen, auch aus dem deutschen Gebiete, ohne daß die tschechischen Parteigenossen gegen solche Gewalttaten Stellung nehmen. In seinen weiteren Ausführungen besaß sich Redner mit der Behauptung des Gemeinderates Schmitz, daß die katholische Religion die Grundlage aller sozialen Ordnung sei. Wirkliche Christen haben die Stellung der Sozialdemokraten zum Christentum ganz anders gedeutet. Daß die Streichung der Kosten für die Fronleichnamprozession auf Befehl des Arbeiterrates erfolgt sei, sei nicht richtig, sondern das sei aus Grund der Auffassung erfolgt, die besagt, daß Gemeindemittel nicht für kirchliche Feste verwendet werden sollen. Diese Feste seien in Wien und überall anderwärts ein Unjog. (Rufe bei den Christlichsozialen: Unerhört!) Die Länder, der Staat und die Gemeinde haben mit solchen Festlichkeiten nichts zu tun.

Machatschka bemerkt, daß die 26.000 tschechischen Kinder in Wien Anspruch auf Unterricht in ihrer Sprache hätten, und bemängelt den Voranschlag, weil man die tschechischen Kinder bei dem Kapitel „Soziale Fürsorge“ ganz vergessen habe. Zum Schluß sagte er, daß es für Wien gut wäre, die nationale Dege aufzugeben, und es nur vorteilhaft wäre, wenn mit den übrigen Nationalstaaten Verträge auf Lebensmittel, Kohle u. dgl. zustande kämen, denn wenn Wien nicht zugrunde gehen will, muß es in gutem Einvernehmen mit den Nationalstaaten stehen.

Die finanziellen Abmachungen der Gemeinde mit der Regierung.

Berichterstatter Breitner teilt mit, daß heute das Präsidium des Gemeinderates und Mitglieder des Finanzkomitees beim Präsidenten der Nationalversammlung Seitz und beim Vizekanzler Fink vorgeprochen und ihre Unterstützung bei der Bewirklichung der vom Staatssekretär Dr. Schumpeter gemachten Zusagen erbeten haben. Beide Herren erklärten, daß sie von der Notwendigkeit, der Stadt Wien zu helfen und ihre schwere Last zu mildern, überzeugt sind und daß sie das volle Verständnis für die Notlage der Stadt Wien haben. Heute nachmittag fand ein Kabinettsrat statt, welcher sich mit den Zusagen des Staatssekretärs Dr. Schumpeter beschäftigte und der den Beschluß faßte, dessen Anträge der Nationalversammlung vorzulegen und für sie einzutreten. Damit ist die Sicherheit gegeben, daß wenigstens ein Teil unseres Defizits gedeckt wird. Redner bespricht sodann einige Neußerungen, die während der Budgetdebatte gefallen sind und bemerkt unter anderem: Wenn vielfach von einem Haß gegen das rote Wien gesprochen wurde, der die Länder abhalte, die Stadt zu beliefern, so wäre es eine Täuschung, anzunehmen, daß die Bauern in den Ländern Wien nicht beliefern, weil eine sozialdemokratische Mehrheit im Gemeinderat ist. Wien wird deshalb nicht beliefert, weil es den Bauern als eine fressende Wunde am Staatskörper erscheint, als eine Last, von der sie annehmen, daß sie zum Niedergang verurteilt ist. Die entscheidende Ursache aber ist, daß wir nicht genug Waren erzeugen, die wir als Tausch gegen Lebensmittel abgeben können. In den Kampf der Weltanschauungen wolle er nicht eingehen. Da seien Gegenstände, die unüberbrückbar sind und die zu überkleistern keinen Zweck hätte. Dieser Kampf zwischen der kapitalistischen und sozialistischen Wirtschaftsordnung habe keinen lokalen Charakter, sondern erfülle das ganze Erdenrund und reise der Entscheidungsschlacht entgegen. Das Niveau der Debatte habe aber erwiesen, daß es trotz aller Gegensätze der Weltanschauungen möglich ist, ruhig und sachlich die Dinge zu prüfen. Möge man uns aufzuklären suchen, was immer, es ist dennoch der Wille vorhanden, diese schöne und glänzende Stadt wieder zu einer guten und lebenswerten Zukunft zu führen.

Die Spezialdebatte.

Hierauf werden Gruppe 1 und 2 (Gemeindevverwaltung und Steuernwesen) angenommen. Die hierzu eingebrachten Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen, darunter ein Antrag Weber: Ausgiebige Besteuerung der Nacht- und Vergnügungslokale, Besteuerung der Autos, Equipagen- und Luxuswäpfer, Erhöhung der Hundsteuer von 20 auf 50 K. für Luxuswäpfer, Einführung einer Billardsteuer.

Ebenso werden die Gruppe 3 (Gemeindevermögen) und 4 (Gemeindeverschuldung) angenommen.

Bei Gruppe 5 (Sicherheitswesen) verlangt Rottler die Ausweisung der fremden Elemente aus Rußland und Ungarn, die sich hier als Provokateure herumtreiben. Sodann wurde in die Beratung der Gruppe 6 (öffentliche Arbeiten) eingetreten. Die Verhandlung wird abgebrochen.

Wiener Gemeinderat.

Fortsetzung der Debatte über den Voranschlag. Religiöse und Schulfragen.

Der Gemeinderat hat heute die Generaldebatte über den Hauptvoranschlag beendet und ist in die Spezialdebatte eingetreten, die morgen zu Ende geführt werden soll. Die Redner, die heute zum Wort gelangten, besprachen in erster Linie Schul- und Kultusfragen, so die christlichsozialen Gemeinderäte Schmitz und Dr. Alma Seitz und die Sozialdemokraten Leopoldine Glöckel und Skaret. Ihren Ausgang nahm die Erörterung dieser Fragen von dem Fronleichnamserlasse des Staatsamtes für Unterricht, der von christlichsozialer Seite heftig angefochten wurde. Der christlichsoziale Gemeinderat Kunjschak wandte sich gegen die Forderungen der Czechen, namentlich auf dem Gebiete des Wiener Schulwesens, wobei ihm die Gewalttätigkeiten, welche die Czechen in Themenau nach dem Umsturz verübten, als kräftiges Argument dienten. Was dieser Redner über die Ernährungslage Wiens sagte, eröffnet düstere Ausblicke und begründet neuerlich das auch von ihm vorgebrachte Verlangen, daß Südmähren, der Böhmerwaldgau und Westungarn von der Friedenskonferenz Deutschösterreich zugesprochen werden, soll über Wien nicht dauernd das Damoklesschwert des Hungers schweben. Der sozialdemokratische Gemeinderat Skaret setzte sich auch mit seinen tschechischen Parteigenossen über deren Vorwurf auseinander, daß die deutsche Sozialdemokratie ihren internationalen Charakter aufgegeben habe, wobei er ihnen ihre nationale Unzulänglichkeit den Deutschen gegenüber vorhält. Dr. Winter befaßte sich mit der Reformbedürftigkeit des Heimatgesetzes und mit der Abschaffung der Bürgererennungen, der jüdischnationale Gemeinderat Dr. Blaschke mit der Haltung der früheren Mehrheit gegenüber den jüdischen Einwohnern Wiens. An der Debatte beteiligten sich auch zwei tschechische Redner, die ihre bekannten Forderungen vertraten. Referent Breitner teilte in seinem Schlußworte mit, daß die gestrigen Abmachungen mit dem Staatsamt für Finanzen bereits die Genehmigung des Kabinettsrates gefunden haben.

Schmitz wendet sich gegen die beschlossene Streichung der Post von 23.000 Kronen für die Fronleichnamprozessionen, womit die Bewilligung von 50.000 K. für ein Krematorium in Widerspruch stehe. Aus diesen Beischlüssen erhelle der religionsgeuerische Geist der Sozialdemokratie, wobei man sich die Frage stellen könne, ob nicht etwa diese Anträge gar auf einen Befehl des Arbeiterrates zurückzuführen seien. Trotzdem die Sozialdemokraten die Religion als Privatangelegenheit bezeichnen, enthalten sie sich nicht des Kampfes gegen die Religion, ohne welche aber eine Ordnung nicht möglich sei. Die Mehrheit habe eine schwere Verfehlung begangen, als sie wohl nur als Wahlmanöver die Erwerbung der Staatsbürgererschaft außerordentlich erleichterte. Das habe zur Folge, daß in der Debatte der deutsche Charakter Wiens, an dem seine Partei aber unverbrüchlich festhalte, bereits bezweifelt worden sei. Der Antisemitismus sei eine Abwehrbewegung dagegen, daß sich Angehörige eines anderen Volkes als Deutsche geben und im Namen eines Pseudodeutschtums eine Kultur schaffen, die keine deutsche, aber auch keine jüdische mehr ist. Die Schulreform sei durch die Abschaffung der religiösen Übungen anheftig unglücklich eingeleitet worden, weil ihr dadurch ein antireligiöser Charakter aufgeprägt wurde. Das Streben nach der Einheitschule sei ein vergebliches Bemühen. Das Ideal seiner Partei sei die konfessionelle Schule, denn die Zukunft brauche ein in Seele und Religion gefestigtes Volk.

Dr. Blaschke wünscht, daß die nationalen Minderheiten in keinem Lande vergewaltigt werden. Die Juden können es ebensowenig billigen, daß die deutschen Minderheiten von den Czechen unterdrückt werden, wie die Juden in Oesterreich, in Polen und in der Ukraine. Er gedenkt mit Trauer der blutigen Opfer in Polen, alle zivilisierten Menschen müsse die tiefste Abscheu erfüllen vor den vertierten Mördern, die wir der gerechten Vergeltung der Welt überantworten. (Rufe bei den Christlichsozialen: Szamuel!) Den Herrn Szamuel lehnen wir Juden ebenso ab wie Sie ihn ablehnen. Redner verlangt, daß die Gleichberechtigung der Juden im Gemeinleben durchgeführt werde. Die deutschnationalen und christlichsozialen hinesischen Bauern müssen nach dem Kriege endgültig geschleift werden. Der Antisemitismus der letzten Jahrzehnte in Wien hat die Abneigung der ganzen Welt hervorgerufen, und man verstehe es wohl, daß man an der Judenfrage sterben kann, daß man jedoch von der Judenfrage leben kann, das verstehe man nicht. In jedem Volke gebe es anständige und unanständige Leute, jedoch habe das Volk mit den Angriffen nichts zu tun, die einzelnen gelten. Die Juden wollen ihre Pflicht gegenüber dem Staate und der Stadt erfüllen, sie lassen sich aber nicht zu Bürgern zweiter Klasse herabwürdigen. Alle feindlichen Hehen gegen die Juden müssen aufhören. Redner besaß sich dann mit der Bedarfsfrage. Von der Sozialisierung des Hausbesitzes verpricht er sich ein jährliches Erträgnis von 60 Millionen Kronen. Den gemeinsamen Kraftanstrengungen werde es gelingen, die Stadt vor dem Bankrott zu schützen.

Der gestrige Zwischenruf des Czechen Klimeš.

Klimeš erklärt, daß sein gestriger Zwischenruf anders gemeint habe. Als Ernter sagte, die Stadt Wien müsse deutsch bleiben, habe er beifügt: Wahrscheinlich auch dann, wenn die Bevölkerung kriepieren sollte. Lebhaftes Gegenrufe: Das ist nicht richtig! Rufe bei den Czechen: Das war der Sinn! Waugin: Werken Sie sich, daß Menschen überhaupt nicht kriepieren! Er bedauere lebhaft, daß seine Worte verwechselt wurden, um die Wiener Bevölkerung zu äzen